

Konzernmacht G8

Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft

Lydia Krüger

2007 ist die deutsche Regierung ein wichtiger Akteur in der internationalen Politik. Nicht nur, dass die Bundesrepublik von Januar bis Ende Juni die EU-Ratspräsidentschaft innehat und damit die Agenda der europäischen Politik wesentlich mitbestimmen kann. Darüber hinaus hat die deutsche Regierung für ein Jahr die G8-Präsidentschaft übernommen und ist Gastgeber des Weltwirtschaftsgipfels, der im Juni 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste stattfinden wird.

Laut deutschem Wirtschaftsministerium handelt es sich bei der G8 um eine „*informelle Allianz von Nationalstaaten, die auf den gemeinsamen Grundwerten von Freiheit und Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Freihandel Verantwortung für globale Fragen übernimmt*“ (BMW i 2006). Neben den Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und (seit 1997) Russlands nimmt auch die Europäische Kommission an den jährlichen Gipfeltreffen teil, um die herum sich ein dichter politischer Abstimmungs- und Verhandlungsprozess entwickelt hat.

Zwar sind die G8 nur ein informelles Gesprächsforum, sie verfügen über keinen festen Sitz, keine eigene Verwaltung, keine Statuten – von einer völkerrechtlich verbindlichen Vertragsbasis ganz zu schweigen (Wahl 2006a: 22f). Dennoch sollte der Einfluss der G8 nicht unterschätzt werden. Gerade der informelle Charakter der Weltwirtschaftsgipfel macht es möglich, sensible Probleme anzusprechen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, die auf offizieller Ebene noch nicht verhandlungsreif sind und/oder der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt werden sollen. Hinzu kommt, dass die Gipfel einen großen Symbolwert haben, da in vielen Medien der Eindruck erweckt wird, dass die Regierungschefs der reichen Staaten alle Probleme im Griff haben.

Allerdings wächst die Zahl der Menschen, die sich von der medialen Inszenierung nicht beeindrucken lassen und die G8 für die Verschärfung globaler Probleme verantwortlich machen. Für diese Menschen ist die G8 zu einem zentralen Symbol der neoliberal-imperialistischen Globalisierung geworden und es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Weltwirtschaftsgipfel zu wichtigen Kristallisationspunkten des Protestes gegen Krieg, weltweite Armut und Umweltzerstörung entwickelt haben. Die Kritik an der G8 richtet sich zum einen gegen den

undemokratischen Charakter dieser Institution: In den Staaten der G8 leben nur 13 Prozent der Weltbevölkerung (vgl. Tabelle); die Verabredungen, die in diesem Club der Reichen und Mächtigen getroffen werden, betreffen jedoch die ganze Welt: So bestimmt die G8 die Politik der wichtigsten internationalen Organisationen (IWF, Weltbank, WTO) und kann daher – sowie aufgrund ihrer ökonomischen Stärke – die Regeln bestimmen, nach denen in der Weltwirtschaft gespielt wird.

Die G8 im Vergleich

	Bevölkerung		Bruttoinlandsprodukt*	
	In Mio.	In %	in Bio. US\$	In %
G8	859	13,340	28,667.355	63,73
USA	296	4,598	12,969.561	28,83
Kanada	32	0,497	1,051.873	2,34
Großbritannien	71	0,932	2,263.731	5,03
Frankreich	61	0,947	2,177.670	4,84
Italien	57	0,885	1,724.894	3,83
Deutschland	82	1,274	2,852.337	6,34
Japan	128	1,988	4,988.209	11,09
Russland	143	2,221	0,639.080	1,42
China	1304	20,255	2,263.825	5,03
Indien	1095	17,008	0,793.017	1,76
Afrika und Naher Osten	1046	16,247	1,236.777	2,75
Lateinamerika	551	9,876	2,209.710	4,91
Rest der Welt	1583	24,588	9,812.652	21,81

World Bank: World Development Indicators

* nach Kaufkraftparitäten

Das Problem liegt nun darin, dass die von der G8 gestaltete Weltwirtschaftsordnung die Starken auf Kosten der Schwachen begünstigt. So dient der Abbau von Handelsschranken, die Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs, Privatisierung und Deregulierung in erster Linie den transnationalen Konzernen, die in den letzten Jahrzehnten immer größer und mächtiger geworden sind. Die Armen sind dagegen arm geblieben, in einigen Weltregionen sogar noch ärmer geworden. Lediglich in Ländern wie China, wo man die neoliberalen Ratschläge von IWF, Weltbank, G8 in den Wind geschlagen hat, scheint es gelungen zu sein, die Armut deutlich zu verringern.

In jedem Fall hat die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zu einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich geführt: Zu Beginn der siebziger Jahre war das Bruttosozialprodukt (pro-Kopf) in den 20 reichsten

Ländern¹ etwa 19mal so groß wie das BSP pro-Kopf in den 20 ärmsten Ländern.² Im Jahr 1980 war das BSP pro-Kopf in den reichsten Ländern bereits 31mal so hoch, im Jahr 1990 82mal so hoch und im Jahr 2000 131mal so hoch wie in den 20 ärmsten Ländern (Global Policy Forum 2006). Nach dem Bericht über menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ist das Einkommen der 500 reichsten Menschen dieser Welt inzwischen ebenso groß wie das Einkommen der 416 Millionen ärmsten Menschen (UNDP 2006: 269) und während auf die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung etwa 86 Prozent des globalen Konsums entfallen, muss sich das ärmste Fünftel mit einem Anteil von etwas über einem Prozent zufrieden geben (United Nations 2005: 9).

Dabei ist die globale Vermögensverteilung noch weitaus ungerechter als die Einkommensverteilung: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt etwa 40 Prozent des weltweiten Vermögens, die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen mehr als 85 Prozent – dagegen kommt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur auf einen Anteil von knapp einem Prozent. (UNU-WIDER 2006: 26ff.) Und während auf der einen Seite der Konsum von Luxusgütern zunimmt, hat über eine Milliarde Menschen kein Zugang zu sauberem Wasser, sterben jährlich 1,8 Mio. Kinder an Durchfall aufgrund schlechter Wasserqualität (UNDP 2006: V) und sind ca. 842 Mio. Menschen – zu 95% in Entwicklungsländern – unterernährt (Hamm 2006: 160).

Wie die oben genannten Zahlen nur andeuten können, führt die strukturelle Gewalt, die von der herrschenden Weltwirtschaftsordnung ausgeht, zur Vernichtung von zahlreichen Existenzen auch ohne direkte Anwendung physischer Gewalt. Häufig genug ziehen wirtschaftliche Destabilisierung und soziale Desintegration jedoch Kriege und Bürgerkriege nach sich (vgl. hierzu Haydt/Pflüger/Wagner 2003, S. 8 und die folgenden Beiträge in dieser Broschüre). Hinzu kommt, dass die reichen Staaten auch vor Kriegen nicht zurückschrecken, wenn es darum geht, den Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu sichern bzw. die Kontrolle über wichtige Ressourcen zu erlangen.

Vor diesem Hintergrund grenzt es an Heuchelei, wenn in den Medien der Eindruck erweckt wird, die G8 würde sich ernsthaft um die Bekämpfung der Armut in Afrika (das zentrale Thema des Weltwirtschaftsgipfels 2005 in Schottland) oder die Entschuldung der Dritten Welt (das zentrale Thema des Weltwirtschaftsgipfels 1999 in Köln) kümmern.³ Tatsächlich geht es der G8

1 Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Hongkong/China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Island, Irland, Japan, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Singapur, Schweden, Schweiz, Großbritannien und USA.

2 Burkina Faso, Burundi, Zentralafrikan. Republik, Tschad, Äthiopien, Ghana, Guinea-Bissau, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Nigeria, Ruanda, Sierra Leone, Tansania und Uganda.

3 Zwar kann man es als Erfolg werten, dass diese Themen überhaupt auf die Tagesordnung der Weltwirtschaftsgipfel gekommen sind. Man sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass die Vertreter der G8 diese Themen allenfalls zur persönlichen Profilierung

seit ihrer Gründung um die Aufrechterhaltung einer Weltwirtschaftsordnung, die in erster Linie den Interessen großer Konzerne dient. Dies zeigt sowohl ein Blick auf die *Geschichte der G8* als auch die kritische Analyse der *Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft*, denen sich die folgenden Abschnitte widmen werden.

I. Zur Geschichte der G8

Der erste Weltwirtschaftsgipfel fand im Jahr 1975 auf Initiative des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing im französischen Rambouillet statt. Die Agenda des Gipfels war einerseits bestimmt durch finanz- und währungspolitische Probleme, die mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods – einem internationalen Regelwerk für die Währungsbeziehungen – akut geworden waren. Damit verbunden spielte der so genannte „Ölpreisschock“ des Jahres 1973 eine Rolle, der den westlichen Industrienationen ihre Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus dem Süden drastisch vor Augen geführt hatte.

I.1 Dollarkrise und kollektives

Krisenmanagement

Der erste Weltwirtschaftsgipfel war ein Versuch europäischer Staaten, die Folgen der Erosion US-amerikanischer Hegemonie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durch die Schaffung eines multipolaren kapitalistischen Machtblocks zu bewältigen. Die Notwendigkeit eines solchen Machtblocks ergab sich dabei aus dem Ost-West-Konflikt, d.h. aus dem gemeinsamen Interesse der westlich-kapitalistischen Länder an der Bekämpfung des sozialistischen Lagers, das seit dem Zweiten Weltkrieg an Stärke und globalem Einfluss gewonnen hatte. Verschärft wurde diese Notwendigkeit durch die erste große Weltwirtschaftskrise seit 1929, die in den Jahren 1973/74 ihren Höhepunkt erreichte. Entsprechend stand das *kollektive Krisenmanagement* der kapitalistischen Staaten im Mittelpunkt des ersten Gipfels. Durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik der führenden Industrieländer sollte der weltweiten Wirtschaftskrise begegnet und ein nachhaltiger Aufschwung initiiert werden. Um dies zu erreichen, sollten die USA zu einer vertieften Kooperation mit Westeuropa und Japan bewegt werden, die an ökonomischer Stärke gegenüber den USA gewonnen hatten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Währungspolitik: So hatte die USA 1971 - ohne vorherige Abstimmung mit anderen Ländern - die Golddeckung des Dollars aufgehoben, um eine eigenständige Währungspolitik betreiben und eine Abwertung des Dollars zulassen zu können. Die Währungsordnung der Nachkriegszeit, die auf fixen Wechselkursen mit dem US-Dollar als Leitwährung beruht hatte, war damit zerstört. Für die Stabilität der Weltwirtschaft bzw. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den führenden Industriestaaten hatte dies schwer wiegende Folgen.

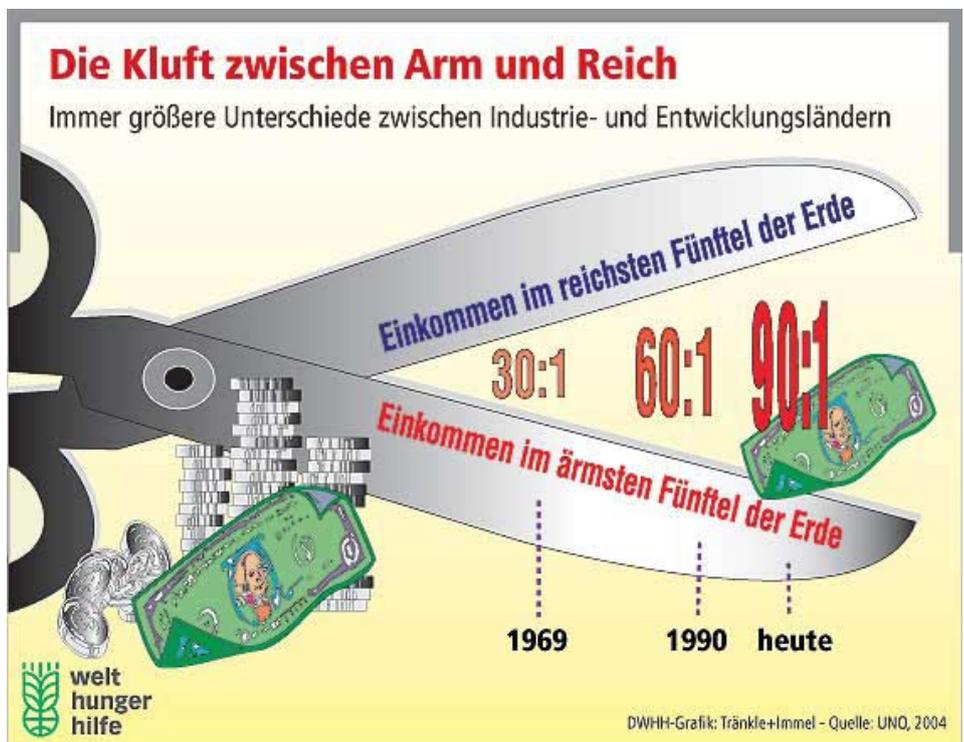
bzw. zur Ablenkung von innenpolitischen Problemen nutzen. Man denke etwa an den britischen Regierungschef Tony Blair, der sich auf dem G8-Gipfel in Schottland medienwirksam als Vorreiter in Sachen globaler Armutsbekämpfung inszenieren wollte, um von der umstrittenen Kriegspolitik im Irak abzulenken.

Beispielsweise drohten die Handelsströme durch stark schwankende Wechselkurse gefährdet zu werden; in Staaten wie der Bundesrepublik führte der immense Zustrom an Devisen zu Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz und beförderte die Inflation; außerdem bedrohte die Aufwertung der DM den deutschen Export. Es war daher im Interesse der BRD und anderer Staaten, die USA zur verstärkten Zusammenarbeit zu bewegen, um die Ungleichgewichte, die aus dem Verfall des US\$ bzw. der plötzlichen Aufwertung der japanischen und europäischen Währungen resultierten, zu verringern. Das zweite gemeinsame Interesse, welches die G7 miteinander verbinden sollte, lag von Anfang an in der *Unterordnung des Südens*. Es ging nicht zuletzt um die Aufrechterhaltung einer Weltwirtschafts- und Finanzordnung, die von den Ländern des Südens zunehmend in Frage gestellt wurde.

1.2 G7 versus G77

Der Nord-Süd-Konflikt zwischen reichen, westlichen Industrieländern und so genannter „Dritter Welt“ befand sich in jener Zeit auf dem Höhepunkt. Wenige Monate vor dem ersten Weltwirtschaftsgipfel hatten die USA den Vietnamkrieg verloren und ihre Truppen von dort abgezogen. Dieser Sieg eines kleinen Landes über die stärkste Militärmacht der Welt beflügelte linke Bewegungen auf der ganzen Welt und stärkte das Selbstbewusstsein der Länder des Südens, die sich zum Teil am sozialistischen Machtblock anlehnten, zum Teil auf die Bildung einer blockfreien Bewegung orientierten.

Auch wenn die Entwicklungsländer schon damals eine sehr heterogene Gruppe darstellten, hatten die gemeinsamen Erfahrungen im Kampf gegen den Kolonialismus dennoch zur Ausbildung gemeinsamer Positionen und Institutionen geführt. Bereits 1960 hatten sich fünf Erdöl exportierende Staaten (Iran, Irak, Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela) zur OPEC zusammengeschlossen, der sich in der Folgezeit auch Qatar (1961), Indonesien und Libyen (1962), Algerien (1969) und Nigeria (1971) anschlossen. Im Jahr 1961 wurde die erste Konferenz der blockfreien Staaten durchgeführt, die sich schließlich in der Gruppe der 77 (G77) zusammenfanden und gemeinsame Positionen entwickelten. Zu einem wichtigen Forum für die Forderungen der Entwicklungsländer avancierte die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die 1964 gegründet wurde und sich mit Fragen des Welthandels und Investitionsregimes beschäftigen sollte (Krüger 2004: 85f.). Auf der dritten Konferenz der UNCTAD in Santiago de Chile 1972 erhoben die Staaten des Südens erstmals die Forderung nach einer *Neuen Weltwirtschaftsordnung*, die



den Interessen der ehemaligen Kolonien gerecht werden und zur Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung beitragen sollte. Auf einer Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde im Mai 1974 eine entsprechende Deklaration sowie ein konkretes Aktionsprogramm zur Errichtung der Neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedet. Im Dezember 1974 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ an. Schon die ersten Artikel dieser Charta verweisen auf die bis heute zentralen Konfliktfelder zwischen Nord und Süd:

UN-Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten

Artikel 1

Jeder Staat hat das uneingeschränkte und unveräußerliche Recht, sein Wirtschaftssystem wie auch sein politisches, soziales und kulturelles System in Übereinstimmung mit dem Willen seines Volkes zu wählen, ohne äußere Einmischungen, Zwänge oder Drohungen irgendeiner Art.

Artikel 2

Jeder Staat besitzt eine volle dauerhafte Souveränität, einschließlich Besitz, Nutzung und Verfügung über sein gesamtes Vermögen, seine natürlichen Ressourcen und seine wirtschaftlichen Aktivitäten und soll diese frei ausüben.

(General Assembly of the United Nations 1974: 4).

Und es blieb nicht bei schönen Erklärungen, die nach einigen Jahren öffentlicher Diskussion wieder in Vergessenheit geraten sollten. Der Versuch der OPEC, durch Absprachen auf die Preisentwicklung des Rohstoffs Erdöl Einfluss zu nehmen und einen höheren Anteil der Profite für sich selbst zu sichern, inspirierte viele

Entwicklungsländer dazu, vergleichbare Absprachen auch für andere Rohstoffe sowie für landwirtschaftliche Produkte zu treffen. Für die Industrieländer, die viele Jahrzehnte lang von der Zufuhr billiger Rohstoffe aus den Kolonien und Halbkolonien profitiert hatten, war dies eine Kampfansage, auf die es mit einer intelligenten Strategie zu antworten galt.

Die Formierung der G7 war ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie. Da sich die Machtverhältnisse bei den Vereinten Nationen im Zuge der Entkolonialisierung immer stärker zugunsten des Südens verschoben hatten, versuchte man, die Vereinten Nationen zu schwächen bzw. deren Autorität durch Schaffung eigener Institutionen der „global governance“ in Frage zu stellen. Aus dieser Perspektive sind die G7 sowohl Ausdruck als auch Folge des sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikts. Der verstärkten Süd-Süd-Kooperation im Rahmen der G77 bzw. der Vereinten Nationen folgte die Etablierung eines exklusiven Clubs der reichsten und mächtigsten Industrieländer: die G7 (ab 1997 G8).

2. Die Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft

Der Weltwirtschaftsgipfel 2007 steht unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ und wird sich mit diversen weltwirtschaftlichen Fragen sowie der Situation in Afrika beschäftigen. Was die *wirtschaftspolitische Agenda* des G8-Gipfels betrifft, so umfasst diese nach Angaben der Bundesregierung „Fragen von elementarer Bedeutung für stabile Rahmenbedingungen in den globalen Handels- und Finanzbeziehungen.“ Konkret geht es um:

- „Neue Impulse beim Austausch über Strategien zum **Abbau der globalen Ungleichgewichte** (Leistungsbilanzdefizit in den USA, unzureichende Binnendynamik in Europa und Japan und das Anwachsen der Währungsreserven in Asien).

- Austausch über Maßnahmen zur Verbesserung der **systemischen Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte.**

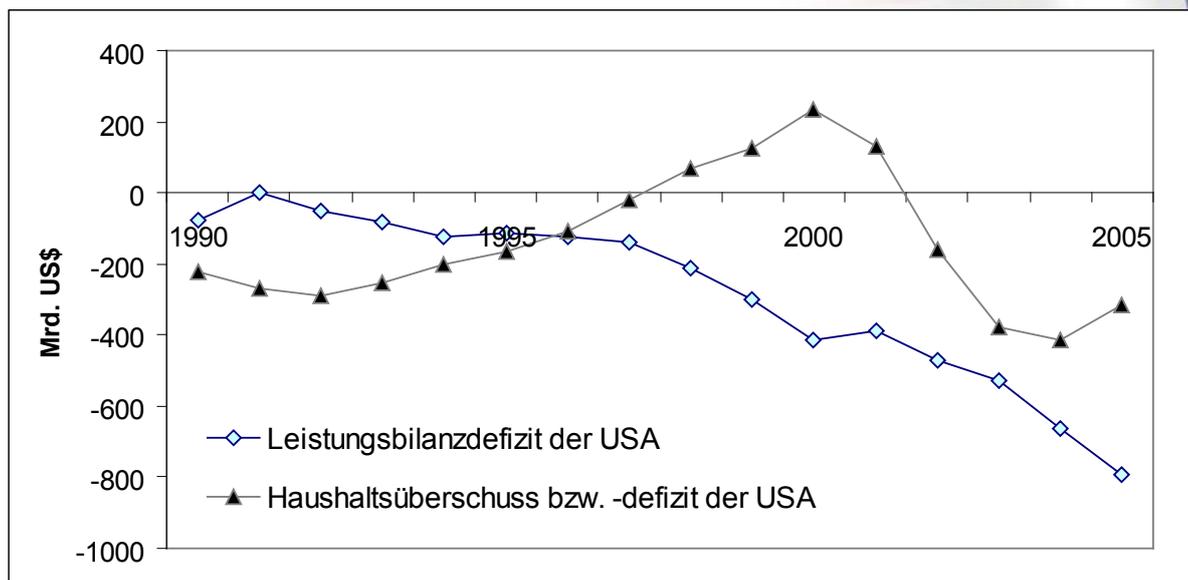
- Bekenntnis der G8 zur **Investitionsfreiheit** in Industrie- und Schwellenländern. Thematisierung weltweiter **Investitionsbedingungen.** Behandlung der sozialen Dimension der Globalisierung.

- Dialog über die zentrale Bedeutung von **Innovationen** in wissensbasierten Gesellschaften und Verstärkung des **Schutzes von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie.**

- Herausforderungen des **nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen:** Das Thema **Energieeffizienz** wird einen hohen Stellenwert bekommen. Der weltweite **Klimaschutz** und der Kyoto-Prozess werden eine gewichtige Rolle spielen“ (Deutsche Bundesregierung 2006).

Im Folgenden soll auf der Grundlage eines Papiers von Staatssekretär Bernd Pfaffenbach, dem persönlichen Beauftragten der Bundeskanzlerin für den G8-Gipfel, analysiert werden, welche Agenda sich hinter diesen Überschriften jeweils verbirgt. Ich beschränke mich dabei auf die ersten drei Themen, die in Pfaffenbachs Papier „Deutsche G8-Präsidentschaft 2007. Schwerpunkte des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm am 6. – 8. Juni 2007“ vom 10. Oktober 2006 angesprochen werden: Die globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen (*Kapitel 1: Globale Ungleichgewichte gemeinsam abbauen, S.4f.*), die weltweiten Kapitalströme und grenzüberschreitenden Investitionen als „Katalysatoren der Globalisierung“ (*Kapitel 2: Weltweite Investitionen – offene Märkte, gleiche Wettbewerbsbedingungen und Verantwortung der Unternehmen, S. 5ff*) sowie die Frage der Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums (*Kapitel 3: Innovationen fördern – Innovationen schützen, S.8f.*).

Die Haushalts- und Leistungsbilanz der USA, 1990-2005



Quellen: 1) US Department of Commerce/Bureau of Economic Analysis U.S. International Transactions Accounts Data: Balance of Payments. URL: <http://bea.gov/bea/interactive.htm> 2) Congressional Budget Office: Historical Budget Data. URL: <http://www.cbo.gov/budget/historical.pdf,Table 11>.

2.1 Globale Ungleichgewichte abbauen

„Eine der großen Herausforderungen für die Weltwirtschaft besteht in den globalen Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen. Dem Leistungsbilanzdefizit in den Vereinigten Staaten stehen Überschüsse in einer Vielzahl von Ländern gegenüber, darunter Japan, asiatische Schwellenländer und zunehmend auch Öl exportierende Länder, deren Überschüsse dank der gestiegenen Ölexporterinnahmen steigen.“ (Pffaffenbach 2006: 4)

Globale Ungleichgewichte, die in der Erosion US-amerikanischer ökonomischer Macht begründet sind, standen schon beim ersten Weltwirtschaftsgipfel 1975 in Rambouillet im Vordergrund. Damals wie heute sorgt man sich um die Stabilität des US-Dollars, die angesichts der wachsenden Leistungsbilanzdefizite und der wachsenden Verschuldung der USA gefährdet erscheint.

Wie die folgende Abbildung zeigt, hat das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der USA seit 2001 rapide zugenommen. Im Jahr 2005 erreichte das *Leistungsbilanzdefizit* mit 791 Mrd. US\$ (=6,4% des BIP) einen Rekordwert; die Nettoauslandsverbindlichkeiten der USA dürften mittlerweile einen Wert von über 25% des BIP erreicht haben (BIZ 2006: 98). Leistungsbilanzsalden verweisen auf die Differenz zwischen inländischer Ersparnis und inländischen Investitionen: Ist die inländische Ersparnis niedriger als die Investitionen, muss die Differenz durch Kapitalimporte ausgeglichen werden, was wiederum die Auslandsverschuldung erhöht.

Eine Ursache der niedrigen US-amerikanischen Sparquote liegt dabei - neben der enormen Verschuldung der privaten Haushalte - im steigenden Defizit der öffentlichen Haushalte. Wie die Abbildung verdeutlicht, hat sich der US-amerikanische Haushaltsüberschuss in Höhe von 236 Mrd. US\$ aus dem Jahr 2000 innerhalb kurzer Zeit in ein Rekorddefizit von 413 Mrd. US\$ (2004) verwandelt. Auch wenn sich das Haushaltsdefizit seitdem etwas verringert hat, ist die Frage, ob das anhaltende Doppeldefizit („twin deficit“) mittel- bis langfristig das Vertrauen ausländischer Anleger in den Investitionsstandort USA untergraben wird.

„Je stärker die globalen Ungleichgewichte wachsen, umso größer wird die Gefahr, dass es bei einer ungeordneten Anpassung zu Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und einer Beeinträchtigung des weltweiten Wachstums kommen könnte,“ heißt es im Papier zu den Schwerpunkten der deutschen G8-Präsidentschaft (Pffaffenbach 2006: 4f.). Zwar scheinen Investoren aus aller Welt nach wie vor bereit zu sein, das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA (durch Portfolioinvestitionen in Schuldtitel, Direktinvestitionen und den Aufbau von Währungsreserven in US\$) zu finanzieren – allerdings würde schon ein moderater Rückzug aus US-amerikanischen Finanzanlagen ausreichen, um die Wechselkurse erheblich zu beeinflussen (BIZ 2006: 162). Und wie die Finanzkrisen der Vergangenheit in Asien, Lateinamerika und Russland demonstriert haben, kann einem „moderaten Rückzug“ eine panikartige Kapitalflucht folgen, was im Fall der USA zweifellos dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft mit sich brächte.

Wie will man dieser Gefahr begegnen? Pffaffenbach empfiehlt den USA, ihren Haushalt zu konsolidieren und ihre gesamtwirtschaftliche Sparquote zu erhöhen, Japan und Westeuropa sollen strukturelle Reformen vorantreiben, um ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln und asiatischen Schwellenländern wie China wird geraten, ihre Wechselkurse freizugeben und ihre Inlandsnachfrage zu stärken, um auf diese Weise die Exportüberschüsse zu verringern.

Dass nicht nur China, sondern auch Länder wie Deutschland oder Japan durch ihre außenwirtschaftlichen Überschüsse zu den strukturellen Ungleichgewichten beitragen, bleibt unerwähnt. Dabei müsste auch die Rolle Deutschlands als „Exportweltmeister“ kritisch analysiert werden, wenn man die globalen Ungleichgewichte ernsthaft verringern will (Falk 2006).

Und warum sind die US-amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite seit 2001 eigentlich so rapide gewachsen? Spielt hier nicht auch die US-amerikanische Kriegspolitik eine Rolle, die jede Woche Milliarden US-Dollar⁴ verschlingt? Einer Studie des Centers for Strategic and Budgetary Assessments in Washington zufolge, werden die Kosten des so genannten „Kriegs gegen den Terror“ in diesem Jahr die Kosten für den Vietnamkrieg überschreiten: Mindestens 670 Mrd. US\$ werden die USA von 2001 bis Ende 2007 für die Kriege in Afghanistan, im Irak u.a. ausgegeben haben – dies ist mehr als die 662 Mrd. US\$, die der zehnjährige Krieg in Vietnam gekostet hat (Musharbash 2007). Darin nicht eingerechnet sind die Kosten für die Ansprüche verwundeter Soldaten sowie Zusatzkosten, die aus dem gestiegenen Ölpreis herrühren. Würde man diese mit einrechnen käme man auf Beträge zwischen 1 und 2,2 Billionen US\$ (so die Schätzung des Ökonomie-Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz) oder gar 3 Billionen US\$ (so die Schätzung von Linda Bilmes, Wirtschaftsprofessorin an der Harvard-Universität) – wobei sich diese Zahlen allein auf die Kosten des Irak-Krieges beziehen (Musharbash 2007).

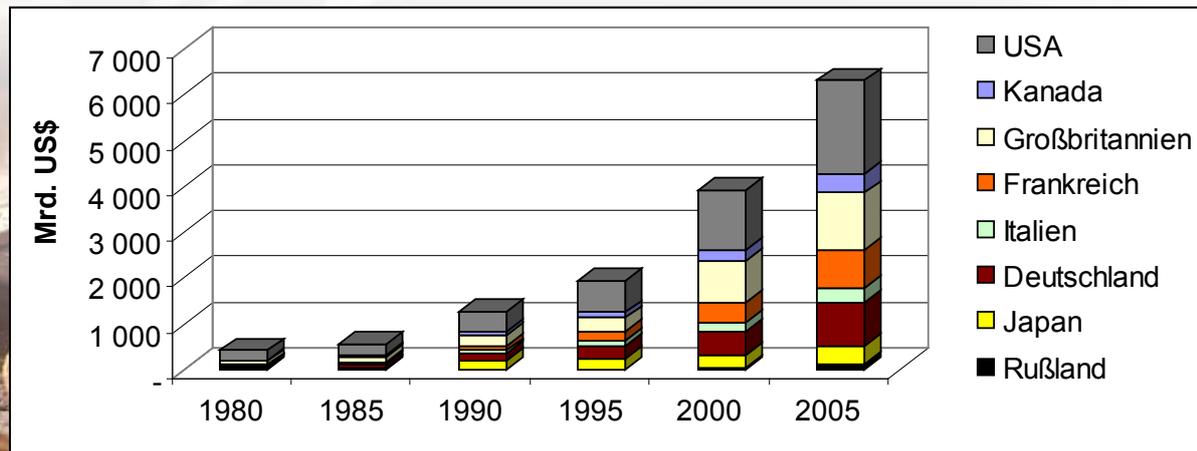
Dennoch ist mehr als fraglich, ob der G8-Gipfel genutzt wird, um die USA zu einem Rückzug ihrer Truppen aus Irak und Afghanistan zu drängen. Wahrscheinlich ist es nicht nur diplomatischer Rücksichtnahme geschuldet, dass man die eskalierenden Kosten der US-amerikanischen Kriegspolitik ausblendet. Denn solange Westeuropa und Japan nicht über ausreichend eigene militärische Kapazitäten verfügen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt notfalls auch mit Gewalt durchsetzen zu können, sind sie diesbezüglich auf die USA angewiesen und werden deren Kriegskosten – mehr oder weniger öffentlich – unterstützen.

2.2 Weltweite Investitionen, offene Märkte und freier Kapitalverkehr

„Die G8 tragen eine besonders hohe Verantwortung für freie Märkte und freien Welthandel. Die G8 sollten sich deshalb auf dem Gipfel in Heiligendamm zur Kapitalver-

⁴ Nach einem Bericht der Tagesschau kostet allein der Irak-Krieg die USA mittlerweile rund 2 Mrd. US\$ pro Woche (Tagesschau v. 31.10.2006).

Bestände an ausländischen Direktinvestitionen der G8 in Mrd. US\$



Quelle: UNCTAD (2006): World Investment Report.

kehrsfreiheit als einer wichtigen Grundlage des Wohlstandes bekennen.“ (Pfaffnbach 2006: 6)

Auf die G8 entfallen 41 Prozent der weltweiten Exporte (WTO 2006: 17) und sie halten 58 Prozent aller Bestände an ausländischen Direktinvestitionen. Im Interesse der G8 ist es daher, ein „liberales“ Welthandels-, Finanz- und Investitionsregime zu erhalten, um die internationalen Aktivitäten der großen Konzerne, Banken und institutionellen Anleger zu befördern. Eine vollendete Freiheit des Kapitalverkehrs würde es den Investoren ermöglichen, ihr Kapital zu jeder Zeit, in jeder Form und an jedem beliebigen Ort anzulegen bzw. von dort wieder abzuziehen.

Tatsächlich ist die Kapitalverkehrsfreiheit eine wichtige Grundlage des „Wohlstands“ – allerdings nur für die großen Konzerne, Banken und Investmentgesellschaften, denen der Kauf von Unternehmen im Ausland erleichtert sowie der problemlose Rücktransfer der Gewinne garantiert wird, die ihr Kapital jederzeit in profitablere Anlagen leiten und über Holding- und Tochtergesellschaften in Steuerparadiesen enorme Summen an Steuern sparen können. Für die Entwicklungsländer stellt der freie Kapitalverkehr dagegen eine massive Bedrohung dar. Mit der Öffnung ihrer Kapitalmärkte liefern sie sich den Launen weltweit tätiger Investoren und Portfoliomanager aus, die zwar einerseits – wenn die Zinsen in den Industrieländern niedrig sind – enorme Summen in „aufstrebende Märkte“ investieren, andererseits aber durch den Abzug ihres Kapitals eine schwere Finanzkrise bewirken können. Dies hat sich unter anderem 1994 in Mexiko und 1997ff. in Südkorea, Thailand, Indonesien und Brasilien gezeigt, als die panikartige Flucht ausländischer Anleger jeweils einen Zusammenbruch der Währung und eine schwere Wirtschaftskrise nach sich zog. Seit 1980 hatten mehr als 70 Entwicklungsländer mit schweren Banken Krisen zu kämpfen. Um die Banken Krisen zu bewältigen, mussten diese Staaten zwischen 1980 und 2000 über 1 Bio. US\$ aus ihrem Staatshaushalt aufbringen (Honohan/Klingebiel (2000): 3) – Geld, das zur Finanzierung tausender Schulen und Krankenhäuser gereicht hätte. Es ist vor

dem Hintergrund dieser Erfahrungen kein Wunder, dass viele Entwicklungsländer in den letzten Jahren ihre Devisenreserven massiv aufgestockt haben. Schließlich kann eine spekulative Attacke auf die Währung eines Landes innerhalb weniger Tage einige Milliarden US\$ kosten, und wenn die Devisenreserven nicht ausreichen, kommt der Internationale Währungsfonds ins Spiel, der dem betroffenen Land Unterstützungskredite gewährt, dafür aber u.a. ein radikales Sparprogramm, die Streichung staatlicher Sozialprogramme und die Privatisierung von Vermögenswerten verlangt.

Während sich im Zuge der Asienkrise in der entwicklungspolitischen Diskussion die Auffassung durchgesetzt hat, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die damit verbundene Öffnung der Märkte für kurzfristige Kapitalströme (Portfolioinvestitionen) für Entwicklungsländer sehr gefährlich sind, werden *ausländische Direktinvestitionen* nach wie vor als Königsweg für nachholende Entwicklung propagiert. So sieht der Weltentwicklungsbericht der Weltbank aus dem Jahr 2005 in der Verbesserung des Investitionsklimas den entscheidenden Schlüssel für Wachstum und Armutsbekämpfung (World Bank 2005). Dass auch das Engagement transnationaler Konzerne in Entwicklungsländern mitunter zu großen Konflikten führt, bleibt dabei unerwähnt.

Wie die folgende Abbildung zeigt, haben sich die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen der G8 in den letzten 15 Jahren fast versechsfacht: Von 1,2 Billionen US\$ im Jahr 1990 auf 6,2 Bio. US\$ 2005. Dabei fließt ein wachsender Anteil der Ströme ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländer: Allein auf China, Brasilien und Mexiko entfielen zwischen 1990 und 2005 knapp 15 Prozent der weltweiten Zuflüsse an Auslandsdirektinvestitionen.⁵

In der folgenden Tabelle werden sowohl die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2005 als auch die Ausgaben für (bzw. Erlöse aus) grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen für die Periode

⁵ Eigene Berechnung nach UNCTAD (2006): World Investment Report: Inward FDI flows by Host Region and Economy (1970-2005), 16/10/06.

1987-2005 miteinander verglichen. Dabei zeigt sich zum einen, dass die auswärtigen Bestände an ausländischen Direktinvestitionen (ADI) der G8 weitaus höher sind als die einheimischen Bestände (d.h. die Summe der Direktinvestitionen, die von ausländischen Konzernen in den Staaten der G8 getätigt wurden). Bei den Entwicklungsländern ist dies umgekehrt, d.h. ihre ADI-Bestände im Ausland sind mit 1,27 Bio. US\$ (=11,9 %) deutlich geringer als ihre einheimischen ADI-Bestände (2,76 Bio. US\$ bzw. 27,2%). Nun sind Investitionen transnationaler Konzerne nicht per se gut oder schlecht und es wird zu Recht darauf ver-

wiesen, dass immer mehr Entwicklungsländer durch Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen versuchen, mehr ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Diese verschärfte Konkurrenz um ADI reduziert allerdings auch den Nutzen, den Entwicklungsländer aus der Ansiedlung transnationaler Konzerne ziehen können. Bis auf wenige mächtige Schwellenländer wie China oder Brasilien sind Entwicklungsländer kaum noch in der Lage, ausländische Konzerne zur Einhaltung entwicklungspolitischer Auflagen (wie der Verpflichtung zur Nutzung einheimischer Vorprodukte oder zum Technologietransfer) zu zwingen.

Ein besonderes Konfliktpotenzial ergibt sich bei ausländischen Direktinvestitionen, die nicht auf den Aufbau neuer Produktionsstätten, sondern auf die *Übernahme* bereits existierender Unternehmen oder Banken in Entwicklungsländern abzielen. Wie die Tabelle verdeutlicht, haben die Entwicklungsländer seit Mitte der achtziger Jahre Unternehmen im Wert von über 730 Mrd. US\$ an ausländische Investoren verkauft. Dabei handelt es sich häufig um ehemalige Staatsbetriebe in strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen, deren Privatisierung von internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank erzwungen wurde. Als wichtiger Hebel für den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums erwies sich dabei die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, die eine Einmischung des Internationalen Währungsfonds in Form von „Strukturanpassungsprogrammen“ nach sich zog (Krüger 2004: 98ff., 142ff). Der IWF schätzt selbst, dass für jeden Dollar, den er zu Beginn der Schuldenkrise als Kredit gewährt hat, anschließend Staatsvermögen im Wert von ca. 50 Cent privatisiert worden ist (Brune/Garrett/Kogut 2004: 195).

Allerdings wächst in vielen Ländern des Südens der Widerstand gegen die Privatisierung und anschließende Verschleuderung von Unternehmen und natürlichen Ressourcen an ausländische Konzerne. In Lateinameri-

	Bestände an ausländischen Direktinvestitionen, 2005				Grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen, 1987-2005			
	im Ausland		Im Inland		Käufe		Verkäufe	
	Mrd. US\$	in %	Mrd. US\$	in %	Mrd. US\$	In %	Mrd. US\$	in %
USA	2 051	19,22	1 626	16,05	1 331	20,90	1 852	29,08
Kanada	399	3,74	357	3,52	304	4,78	302	4,75
Großbritannien	1 238	11,60	817	8,06	1 367	21,46	1 017	15,97
Frankreich	853	7,99	601	5,93	581	9,11	281	4,42
Italien	293	2,75	220	2,17	139	2,19	160	2,51
Deutschland	967	9,06	503	4,96	480	7,53	585	9,18
Japan	387	3,62	101	1,00	147	2,31	88	1,38
Russland	120	1,13	132	1,31	18	0,29	22	0,35
G8	6 189	58,00	4 224	41,70	4367	68,56	4308	67,64
Entwicklungsländer	1 274	11,93	2 757	27,22	498	7,81	735	11,54
Industrieländer	9 272	86,88	7 117	70,26	5841	91,71	5565	87,37
EU	5 475	51,30	4 499	44,42	3564	55,96	2937	46,12
Welt	10 672	100	10 130	100	6369	100	6369	100

Quelle: UNCTAD (2006): World Investment Report, Key Data from WIR Annex Tables: Outward FDI stock by Host Region and Economy (1980-2005), Inward FDI stock by Host Region and Economy (1980-2005), Cross-border M&A purchases by region/economy of purchaser (1987-2005), Cross-border M&A sales by region/ economy of purchaser (1987-2005), URL: <http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=3277&lang=1>

ka sind in den letzten Jahren mehrere Regierungen an die Macht gelangt, die – wie in Venezuela oder Bolivien – den Reichtum an natürlichen Ressourcen für die eigene Bevölkerung nutzbar zu machen versuchen. Und wie die Entwicklung im Irak zeigt, kann der Widerstand gegen den Ausverkauf der heimischen Ölreserven auch durch eine brutale Kriegs- und Besatzungspolitik nicht gebrochen werden.

Statt zu fordern, dass die „Absorptionskapazität von Entwicklungsländern für ausländische Direktinvestitionen ... gesteigert werden“ muss (Pfaffenbach 2006: 7) und die Schwellenländer zu einer weiteren Öffnung für ausländisches Kapital zu drängen, wären die G8 also gut beraten, wenn sie das Recht der Entwicklungsländer auf freie Nutzung ihrer Ressourcen und Reichtümer endlich respektieren würden.

2.3 Innovationen schützen, geistige Eigentumsrechte sichern

„[...] Unsere besondere Aufmerksamkeit wird der verbesserten Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums gewidmet sein.“ (Pfaffenbach 2006: 8)

Die deutsche Bundesregierung setzt mit dem „Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie“ ein Thema auf die Tagesordnung des nächsten G8-Gipfels, bei dem die Interessengegensätze zwischen etablierten Industrieländern und aufstrebenden Volkswirtschaften besonders ausgeprägt sind (Falk 2006). Auf der einen Seite beschwerten sich westliche Konzerne bitter über die Nachahmung von Produkten und Produktionsverfahren sowie die Missachtung von Markenrechten durch Entwicklungsländer; diese verweisen wiederum auf die Aneignung von traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen durch westliche Konzerne (Biopiraterie), auf Versorgungsengpässe in der Medizin (z.B. bei Medikamenten), die durch ein striktes Patentrecht verschärft werden sowie auf die extrem ungleiche Verteilung von

Internationale Patentanmeldungen* nach Ländern

	2000		2005**	
	Anzahl	In %	Anzahl	in %
USA	38,007	40,7	45,111	33,6
Kanada	1,801	1,9	2,315	1,7
Großbritannien	4,795	5,1	5,115	3,8
Frankreich	4,138	4,4	5,522	4,1
Italien	1,394	1,5	2,309	1,7
Deutschland	12,582	13,5	15,87	11,8
Japan	9,567	10,3	25,145	18,7
Russland	k.A.	k.A.		
G8	72,284	77,5	101,387	75,6
China	0,784	0,8	2,452	1,8
Insgesamt	93,24	100	134,073	100

*PCT International Applications = Patentanmeldungen über den Patent Cooperation Treaty (PCT) der World Intellectual Property Organisation (WIPO) – ein Vertrag, den 128 Länder unterzeichnet haben.

**Schätzungen

Quelle: World International Property Organisation: Press Release Nr. 403/2005 v. 09.03.2005 und Nr. 436/2006 v. 03.02.2006.

geistigen Eigentumsrechten zwischen Nord und Süd. Wie die folgende Tabelle andeutet, ist der Wettbewerbsvorsprung der Industrieländer beim Handel mit geistigem Eigentum sehr ausgeprägt. Etwa drei Viertel aller internationalen Patentanmeldungen stammen aus den G7, mehr als die Hälfte aller Patente entfällt auf nur drei Länder (die USA, Japan und Deutschland).

Dabei sind es in erster Linie große Konzerne, die für ihre Produkte und Produktionsverfahren nach Patentschutz suchen: Die meisten Patente hat im Jahr 2005 der niederländische Konzern Philips Electronics eingereicht, gefolgt von Matsushita (Japan), Siemens (Deutschland), Nokia (Finnland), Bosch (Deutschland), Intel (USA), BASF (Deutschland), 3M (USA), Motorola (Deutschland) und Sony (Japan) (World International Property Organisation 2006). In den letzten Jahren hat sich die Konkurrenz bei der Anmeldung von Patenten verschärft; vor allem asiatische Schwellenländer wie Südkorea oder China können auf starke Wachstumsraten bei ihren Patentanmeldungen verweisen. Inzwischen liegt Südkorea auf dem sechsten Platz, was die Zahl der Patentanmeldungen bei der WIPO betrifft, China nimmt den 10. Platz ein – noch vor G8 Staaten wie Kanada oder Italien (WIPO 2006).

Auf internationaler Ebene wacht die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO über die Einhaltung von Mindeststandards für geistige Monopolrechte. Im Abkommen über handelsbezogene Rechte geistigen Eigentums „Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS)“ sind Rechtsgebiete wie das Urheber-, Marken- und Patentrecht geregelt, bei Verstößen gegen die Bestimmungen des TRIPS-Abkommens kann ein WTO-Schiedsgericht millionenschwere Strafzölle verhängen.

Durch das TRIPS-Abkommen wurde der geistige Eigentumsschutz auf hohem Niveau international ange-

glichen – die meisten Entwicklungsländer mussten den Schutz geistiger Eigentumsrechte deutlich verschärfen und die Privatisierung von Biodiversität und traditionellem Wissen vorantreiben, um den Bestimmungen des Abkommens Genüge zu tun. Es gibt Schätzungen, nach denen die vollständige Umsetzung des TRIPS-Abkommens für die Entwicklungsländer mit Mehrkosten von rund 60 Mrd. US\$ verbunden ist (Ermert 2006).

Die Befürworter eines strikten Schutzes von geistigen Eigentumsrechten argumentieren, dass man über Patente, Urheberrechte und Lizenzen für eine ausreichende Vergütung der Produzenten geistigen Eigentums sorgen muss. Nur auf diesem Weg könnten Innovationen gedeihen und sichergestellt werden, dass möglichst viele Menschen von den neuen Technologien und Produkten profitieren. Die hohen Ausgaben, die z.B. für die Entwicklung neuer Medikamente aufgewendet werden, müssten demzufolge durch entsprechende Gewinne über einen längeren Zeitraum gesichert werden, da sonst alle Anreize zu langfristigen Investitionen in Forschung und Entwicklung entfallen würden. Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive ist es demnach wichtig, dass Erkenntnisse und Informationen, die sich einmal „auszahlen“ könnten, exklusiv gesichert - monopolisiert - werden, was allerdings nichts anderes bedeutet, als dass alle anderen von der (kostenlosen) Nutzung des Wissens ausgeschlossen werden.

Was dies konkret bedeuten kann, lässt sich am Beispiel von Medikamenten gut zeigen. Für Menschen aus Entwicklungsländern sind patentierte Medikamente schlicht nicht bezahlbar, d.h. sie sind zur Behandlung von verschiedenen Krankheiten auf den Import von weitaus günstigeren Nachahmungen (Generika) angewiesen – diese Importe werden durch einen starken Patentschutz jedoch enorm erschwert. Die meisten Entwicklungsländer sind daher gegen einen starken Schutz von Eigentumsrechten, da dieser den Transfer neuer Technologien und Kenntnisse von Nord nach Süd erschwert und damit gerade *verhindert*, dass möglichst viele Menschen von neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen profitieren.

Hinzu kommt, dass die Patentierungsmöglichkeiten auf Druck interessierter Konzernlobbies enorm ausgeweitet wurden: So sieht das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation vor, dass nicht mehr nur technische Erfindungen, sondern auch Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und menschliche Gene nun durch Patente geschützt werden können. Damit hat man den Pharmakonzernen ein weites Expansionsfeld eröffnet. Da über die Hälfte aller pharmazeutischen Wirkstoffe pflanzlichen Ursprungs und die überwiegende Mehrzahl aller Pflanzen in den artenreichen Staaten des Südens beheimatet sind, schwärmen westliche Forscherteams in Scharen aus, um sich die Rechte an Pflanzen anzueignen – besonders Medizinpflanzen aus tropischen Regenwäldern versprechen dabei hohe Renditen (SZ, 27.03.98). Viele Entwicklungsländer befürchten, dass ihnen das Recht zur künftigen Nutzung einheimischer Ressourcen durch Patente auf biologische Organismen beschnitten

Biodiversität im Vergleich

	Anzahl Pflanzenarten	Pflanzenarten pro 1000 qkm	Endemische Pflanzenarten
Brasilien	56215	6,6	k.A.
Kolumbien	51220	45	15000
China	32200	3,4	18000
Indonesien	29375	15,3	17500
Mexiko	26071	13,2	12500
USA	19473	2,1	4036
Frankreich	4630	10	133
Deutschland	2682	7,5	6

Quelle: Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Wuppertal Papers, Nr. 146, August 2004, S. 25.

URL: http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WPI146.pdf



wird. Die Rede ist von Biopiraterie – der strategischen Aneignung von traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen, die eigentlich in Entwicklungsländern beheimatet sind, über Patente nun aber von großen Konzernen beansprucht werden. Zwar verlangt die UN-Konvention über biologische Vielfalt, dass die Entwicklungsländer vorher gefragt werden, ob sie mit der Nutzung ihres traditionellen Wissens und ihrer natürlichen Ressourcen einverstanden sind; allerdings ist es sehr schwer und teuer, einmal vergebene Patente juristisch anzufechten. So kostet die Annullierung eines Patents in den USA mindestens eine halbe Mio. US\$ und dauert etwa fünf Jahre (SZ vom 27.03.98).

Besonders gravierende Auswirkungen hat die Durchsetzung des TRIPS-Abkommens für die bäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Denn mit der Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte auf Pflanzensorten werden die Rechte des Züchters (bzw. die Rechte großer Saatgutkonzerne wie DuPont, Monsanto, Syngenta oder Bayer/Aventis) gestärkt und die Bauern dazu gezwungen, für jede neue Aussaat Lizenzgebühren an die Inhaber der Agropatente abzuführen. Dies fördert eine kapitalintensive Landwirtschaft sowie die Ausbreitung von genmanipulierten Sorten. Mitunter wird sogar die Hungerhilfe von Seiten der reichen Geberländer an die Bedingung geknüpft, dass Importbeschränkungen für genmanipulierten Weizen und Sojabohnen aufgehoben werden – was seinerseits eine Gefährdung der Artenvielfalt darstellt.

Nicht nur Menschen in Entwicklungsländern leiden unter der zunehmenden Kommerzialisierung und Monopolisierung von geistigem Eigentum. Auch für viele Menschen in Industrieländern ist die Frage der freien Nutzung von Informationen, Wissen, Software u.ä. von großer Bedeutung. Gerade bei diesen immateriellen Gütern zeigt sich sehr deutlich, wie die Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Kunst an Grenzen stößt, die durch kapitalistische Eigentumsverhältnisse gesetzt werden. Die Sicherung geistiger Eigentumsrechte setzt die Kommerzialisierung von Wissen voraus - und dieser wachsende Druck zur ökonomischen Verwertung von Wissen kann sich auf den Wissenschaftsbetrieb insofern negativ auswirken, als Konkurrenzdenken und Verheimlichung von Ergebnissen an die Stelle des freien ge-

danklichen Austauschs treten. Damit wird nicht nur die Dynamik der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung insgesamt gebremst, sondern auch der öffentliche Diskurs über mögliche Vor- und Nachteile technologischer Entwicklungen behindert.

Dies ist umso gefährlicher, als mittlerweile auch Patente auf Leben zugelassen sind, was nichts anderes bedeutet, als dass das Wissen über die genetische Lebensgrundlage aller Menschen monopolisiert wird. Es ist daher höchste Zeit, im Süden wie im Norden die Frage der öffentlichen Kontrolle und demokratischen Steuerung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts aufzuwerfen, statt für die weltweite Sicherung von Monopolrechten an geistigem Eigentum einzutreten – zumal diese Sicherung von Monopolrechten in einigen Fällen (man denke an Microsoft) die Herausbildung von realen Monopolen befördert.

Fazit

Sowohl die Geschichte der G8 als auch die Analyse der Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft zeigt, dass es diesem Club der Reichen und Mächtigen nur um eins geht: Die Interessen großer Konzerne zu befördern und eine Weltwirtschaftsordnung zu stabilisieren, die auf der Unterordnung und Ausplünderung des Südens basiert. Schon in der Erklärung von Rambouillet kommt dieses gemeinsame Interesse der reichen Länder zum Ausdruck, wenn es heißt: „Das Wachstum der Weltwirtschaft ist klar mit der Verfügbarkeit von Energieressourcen verbunden. Wir sind entschlossen, die Energiequellen, die unsere Volkswirtschaften für ihr Wachstum benötigen, zu sichern“ (zit. nach Wahl 2006: 16).

Zwar hat die globalisierungskritische Bewegung entscheidend dazu beigetragen, dass die Agenda der G8-Gipfel um entwicklungspolitische Fragen wie AIDS, Armut und Hunger in Afrika, Klima- und Umweltpolitik sowie Überschuldung von Entwicklungsländern u.ä. erweitert wurde. Zu einer Lösung dieser drängenden Probleme haben die G8 allerdings keinen Beitrag geleistet und sie werden es auch so lange nicht tun, wie sie dem neoliberalen Fetisch von freiem Kapitalverkehr, freiem Handel und freien Märkten verpflichtet sind.

Auch wenn es sich bei den G8 nur um ein informelles Gesprächsforum und um keine internationale Organisa-

tion mit eigener Verwaltung handelt: Es ist wichtig und richtig, den G8 die Legitimität abzuspochen, Beschlüsse zu fassen, die für die Mehrzahl der Entwicklungsländer von Nachteil sind. Dabei würde sich an dem Demokratiedefizit des Clubs auch nur wenig ändern, wenn die G8 um diverse Schwellenländer erweitert würde, wie von Großbritannien oder Deutschland anvisiert wird. Denn mit einer solchen vermeintlichen „Demokratisierung“ der G8 verbinden die reichen Länder lediglich die Hoffnung, auch die großen Schwellenländer zu einer neoliberalen Politik im Interesse der transnationalen Konzerne zu drängen.

„Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bildet eine der zentralen Grundlagen für die Weltwirtschaft“, heißt es im Papier zur deutschen G8-Präsidentschaft. Damals wie heute geht es also um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten in Ländern des Südens. Und damals wie heute müssen Entwicklungsländer mit Sanktionen, Militärputschen und Kriegen rechnen, wenn sie transnationalen Konzernen die Ausbeutung ihrer Rohstoffe verweigern. Es gilt, diese blutige Grundlage der herrschenden Weltwirtschaftsordnung aufzudecken und gemeinsam mit Bewegungen im Norden und Süden für eine friedliche und solidarische Weltordnung zu streiten, in der die Souveränität und die Rechte aller Staaten uneingeschränkt geachtet werden.

Literatur

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) (2006): 76. Jahresbericht. Basel.

Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Wuppertal Papers, Nr. 146, August 2004. URL: http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP146.pdf

Brune, Nancy; Garrett, Geoffrey; Kogut, Bruce (2004): The International Monetary Fund and the Global Spread of Privatization, IMF Staff Papers, Vol. 51, No.2, pp. 195-219.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2006): Die Gruppe der G8.

URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/Weltwirtschaftsgipfel/die-gruppe-der-g8.html>

Deutsche Bundesregierung (2006): Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft, 18.10.2006.

URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2006/10/2006-10-18-schwerpunkte-deutsche-g8-pr_C3_A4sidentschaft.html

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (2001): Der Schutz geistiger Eigentumsrechte in der Welthandelsordnung: Entwicklungspolitischer Reformbedarf für das TRIPS-Abkommen, in: DIE (Hrsg.): Analysen und Stellungnahmen, Nr. 1, 2001. URL: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e17da11ba8a24069c1256eb500294f69/\\$FILE/TRIPS-3.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e17da11ba8a24069c1256eb500294f69/$FILE/TRIPS-3.pdf)

Ermert, Monika (2006): G8-Gipfel: geistiges Eigentum vs. Entwicklung und Verbraucherinteressen? Heise online news v. 30.11.2006. URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/81815/from/rss09>

Falk, Rainer 2006: Verantwortlich, verlässlich, nachhaltig? Die deutsche G8-Agenda für Heiligendamm. Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 11/2006.

General Assembly of the United Nations (1974): Resolution 3281 (xxix): Charter of Economic Rights and Duties of States. (29th Session, Supp. No. 31 (1974) 50. URL: <http://www.vilp.de/Enpdf/e162.pdf>

Global Policy Forum (2006): Average GDP per Capita In 20 High Income Countries And 20 Low Income Countries. URL: <http://www.globalpolicy.org/socecon/inequal/tables/gdpcompare.htm>

Hamm, Bernd (2006): Die soziale Struktur der Globalisierung. Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft, Berlin.

Haydt, Claudia; Pflüger, Tobias; Wagner, Jürgen (2003): Globalisierung und Krieg, Hamburg.

Honohan, Patrick; Klingebiel, Daniela (2000): Controlling the fiscal costs of banking crises. World Bank Policy Research Working Paper No. 2441.

Kastan, Klaus (2006): „Irak-Krieg kostet zwei Milliarden Dollar pro Woche“, Tagesschau vom 31.10.2006. URL: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID6050136_REF1,00.html

Krüger, Lydia (2004): Forcierte Deregulierung, Finanzkrisen und Denationalisierung in Schwellenländern. Frankfurt a.M. et al.

Musharbash, Yassin (2007): Neue Schätzungen: Krieg gegen den Terror teurer als Vietnam-Krieg, in: Der Spiegel v. 15.01.2007. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,459765,00.html>

Pfaffenbach, Bernd (2006): Deutsche G8-Präsidentschaft 2007. Schwerpunkte des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm am 6. – 8. Juni 2007. Papier vom 10. Oktober 2006.

United Nations 2005: The Inequality Predicament. Report on the World Social Situation 2005.

UNCTAD (2006): World Investment Report. Geneva.

UNDP (2006): Human Development Report.

Wahl, Peter (2006a): G8: PR-Show oder Weltregierung. AttacBasis Texte 21. Hamburg

Wahl, Peter (2006b): Wie die Spinne im Netz, in: Buchholz, Christine; Kipping, Katja (Hrsg.): G8:Gipfel der Ungerechtigkeit. Hamburg, S.16.

World Bank (2005): World Development Report. A Better Investment Climate for Everyone. Washington, D.C.

World Institute for Development Economics Research of the United Nations University (UNU-WIDER) 2006: The World Distribution of Household Wealth. December 2006.

World International Property Organisation (WIPO) (2006): Press Release Nr. 436/2006 v. 03.02.2006.

World International Property Organisation (WIPO) (2005): Press Release Nr. 403/2005 v. 09.03.2005. URL: http://www.wipo.int/edocs/prdocs/en/2005/wipo_pr_2005_403.html

WTO (2006): World Trade in 2005 – Overview. URL: http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2006_e/its06_overview_e.pdf